

Beschluss des Parteirates

23. Mai 2005, Berlin

Grüne

Auf Grün kommt es an

Wir begrüßen die Entscheidung für eine vorgezogene Bundestagswahl als Gelegenheit, schon in diesem Jahr eine grundlegende Richtungsentscheidung für unser Land herbeizuführen. Wir ziehen mit Joschka Fischer als Spitzenkandidat in diesen Wahlkampf. Es geht dabei um die Alternative zwischen einer Gesellschaft der Teilhabe und Integration aller und einer Gesellschaft der Ausgrenzung; zwischen dem Eintreten für Gerechtigkeit in einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft einerseits und der sozialen Kälte des Marktradikalismus sowie der ökologischen Zukunftsvergessenheit andererseits; zwischen verantwortlicher deutscher Außenpolitik, die sich an Menschenrechten orientiert, und der außenpolitischen Orientierungslosigkeit der Opposition, die 2002 bereit war Deutschland in den Irak-Konflikt zu stürzen.

Die Verbindung von wirtschaftlicher Erneuerung, sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Zukunftsverantwortung und einer lebendigen Demokratie bildet für uns Grüne die grundlegende Perspektive, für die wir die Menschen gewinnen wollen. Deshalb kommt es bei der Richtungs Wahl im Herbst 2005 besonders auf Grün an. Wir halten Rot-Grün nach wie vor für die beste Koalition für dieses Land und wollen für eine erneuerte Rot-Grüne Koalition ein neues Mandat erkämpfen. Es ist offenkundig, dass dies nur gelingen kann mit starken Grünen. Gleichermäßen wissen wir, dass – sollten wir die Bundestagswahl nicht gewinnen – es auf uns Grüne ankommen wird, um dann aus der Opposition die Alternativen zur schwarzen Republik durchzusetzen. Deshalb kämpfen wir dafür, als Grüne in dieser Bundestagswahl zuzulegen.

Wir sorgen mit dem Vorziehen der Bundestagswahl dafür, dass sich die Opposition nicht noch ein weiteres Jahr lang hinter einer Doppelstrategie von Blockieren und negativer Stimmungsmache verstecken kann. Die Verantwortung für die Zukunft unseres Landes ist zu groß, als dass wir zulassen können, dass parteiegoistische Blockadepolitik die notwendigen Reformen verzögert oder nur um den Preis des Verzichts auf die Maßstäbe der Gerechtigkeit, Solidarität und der Zukunftsverantwortung zulässt. Die Opposition muss jetzt eigene Konzepte auf den Tisch legen. Wir werden aktiv und kämpferisch im Wahlkampf unsere Alternativen herausarbeiten.



Es geht um die Frage solidarisch oder neoliberal. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Solidarität Anspruch und Verantwortung für alle ist. Die Entscheidung über die Zukunft des Sozialstaates für das 21. Jahrhundert konkretisiert sich an der Gegenüberstellung von Bürgerversicherung und weitgehender Privatisierung der großen Lebensrisiken, egal ob die Opposition das dann Kopfpauschale nennt, wie die Union, oder gleich die Abschaffung der gesetzlichen Krankenversicherung fordert, wie die FDP.

Wir wollen das soziale Europa gestalten. Deshalb werden wir uns für die Perspektive der europäischen Integration engagieren. Wirtschafts-, arbeitsmarkts-, umwelt- und sozialpolitischer Weichenstellungen auf europäischer Ebene müssen getroffen werden, um der globalisierten Marktwirtschaft soziale und ökologische Leitplanken zu geben. Wir wollen auch Europas Verantwortung für Gerechtigkeit und Frieden in der Welt nicht national bornierten Abschottungsstrategien überlassen. Dazu kämpfen wir auch für eine verbindliche Steigerung der Beiträge für die Entwicklungszusammenarbeit in der Einen Welt.

Wir streiten für Arbeit mit Zukunft, statt ökonomischen Fortschritt gegen soziale und ökologische Standards auszuspielen. Wir werden dafür streiten, dass nicht nur einzelne Unternehmen mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben können, sondern unsere Volkswirtschaft insgesamt mit ökologischen Innovationen zukunftsfähige Arbeitsplätze gewinnt. Wir stehen für Geschlechtergerechtigkeit – gerade auch am Arbeitsmarkt. Und wir werden dafür kämpfen, dass auch Niedrigqualifizierte mehr Chancen zur Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt bekommen.

Wir kämpfen im Interesse der Menschen für eine engagierte Umwelt- und Verbraucherpolitik und gesunde Lebensmittel. Für uns steht die Energiepolitik im Zentrum, entsprechend unserer Strategie „Weg vom Öl“. Wir wollen keinen Wiedereinstieg in das Risiko Atomenergie.

Wir werben im Sinne der Generationengerechtigkeit für eine absolute Priorität für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Dies ist nicht nur eine entscheidende Gerechtigkeitsfrage in unserem Land, weil unsere Kinder einen Anspruch auf die beste Bildung haben, sondern entscheidet auch über Deutschlands künftige Wettbewerbsfähigkeit. Wir werden dafür die notwendige Finanzierung sichern. Gute Bildungspolitik fängt bereits bei der vorschulischen Bildung an. Deshalb stellen wir die Bildungspolitik auch in den Zusammenhang mit grüner Kinder- und Familienpolitik.

Wir werden, wie am 8. Mai 2005 demonstriert, als Partei der Bürgerrechte für eine bunte, lebendige, weltoffene Kultur der Demokratie eintreten, gegen Rassenhass, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Wir sind Garanten für die Balance von Freiheit und Sicherheit.

Die Zeit zur Vorbereitung der Bundestagswahl ist kurz. Der Wahlkampf hat schon begonnen. Wir rufen alle Mitglieder und UnterstützerInnen unserer Partei dazu auf, ihn mit aller Kraft zu führen. Wir werden für diesen Wahlkampf im Team mit Joschka Fischer als Spitzenkandidat alle Kräfte mobilisieren. Es geht um eine Richtungsentscheidung. Auf Grün kommt es an.

Beschluss: einstimmig